

TAGUNGEN

Europa-Parlament vor politischen Aufgaben

Immer stärker dringen die Gemeinschaftsorgane der EWG-Länder über die eng umgrenzten wirtschaftlichen Ziele hinaus in die allgemeine Politik hinein. Die Januartagung des Straßburger Parlaments beleuchtete diesen Prozeß lebhaft. So etwa, wenn der Präsident des Ministerrats der Sechs, *Wigny*, in seinem Situationsbericht die politische Zielsetzung, nämlich Europas Integration, stark herausstellte und die Vorbereitung der vom Parlament empfohlenen direkten Wahlen europäischer Volksvertreter als eine der nächsten Aufgaben bezeichnete. In die allgemeine Politik hinein gehört auch die gleich darauf mit Parlamentariern der neu entstandenen Staaten in Rom abgehaltene Vorkonferenz über die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den der EWG assoziierten Ländern Afrikas und Madagaskars. Und in die Politik hinüber reichen ebenso die vorgeschlagenen Präventivmaßnahmen gegen einen Rückgang der Konjunktur wie die Übergangsbestimmungen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Produkte als Grundlage einer einheitlichen gemeinsamen Agrarpolitik.

Die Sorge um ein Abflauen der Wirtschaftskonjunktur im zweiten Halbjahr 1961 kam in dem umfassenden Bericht des Vizepräsidenten der EWG-Kommission, *Marjolin*, in der Forderung nach Vorbeugungsmaßnahmen zum Ausdruck, die ihren Sinn erst dann

erhalten, wenn man rechtzeitig vorsorgt. *Marjolin* kündigte eine Umfrage bei den beteiligten Regierungen an, die klären soll, ob und inwieweit sie selbst Vorkehrungen dafür treffen oder wie man gemeinsam vorgehen wird. An einer solchen aktiven Konjunkturpolitik ist besonders die Linke interessiert. Das Parlament wird sich demnächst mit dem Bericht noch ausführlicher befassen.

Ein außerordentlich umstrittenes Gebiet betrat das Straßburger Parlament mit der Begutachtung der geplanten Maßnahmen für die Eingliederung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt. Es handelt sich dabei um eine Übergangsregelung und im Grunde auch nur um einen Teil davon — aber sie legt Grundsätze fest, die auch in Zukunft nachwirken werden. Die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen, die dank den Autarkiebestrebungen einzelner Länder entstanden sind, die Einführung von Mindestpreisen beim Import, die Abschöpfung der Differenz zwischen Bezugspreisen und Verkaufspreisen im Importland, die Beseitigung von Beihilfen, die Beschränkung von Einfuhrsperrn auf Ausnahmefälle — das alles stellt ein System dar, das schon oft im einzelnen beschrieben und kritisiert worden ist. Die Besorgnisse und Bedenken freilich bleiben, und das ebenso bei den Lieferländern, weil sie davon nachteilig betroffen werden können, wie auf der Verbraucherseite besonders bei der sozialistischen Fraktion, auch wenn diese der Vorlage nach einigen Abänderungen aus grundsätzlichen Erwägungen zugestimmt hat. Man befürchtet, die nur für einen Übergang mit dem Ziel einer Auflockerung aller den Warenstrom hemmenden Schranken gedachte Regelung könnte sich

festfahren, die Angleichung der Märkte könnte ausbleiben und damit der gegenwärtige Zustand zementiert werden. Begründet ist die Befürchtung um so mehr, als bei der doch etwas krampfartigen Lösung die Rücksicht auf Deutschland Pate stand, hier aber die Bauernverbände gar nicht daran denken, sich der neuen Lage anzupassen, sondern erhöhte Zuwendungen und Einfuhrsperrn verlangen, selbst wenn der industrielle Export darunter leiden sollte. Wie man mit solchen Vorstellungen Europapolitik treiben will, ist schwer verständlich. Zumal man im Europäischen Parlament sich auch darüber klar ist, daß selbst die EWG keine kleineuropäische Autarkie treiben kann. Hier wird sie ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben.

Wer Zeuge der intensiven Auseinandersetzung im Straßburger Parlament um die einzelnen umstrittenen Punkte der Agrarverordnung war und sich vergegenwärtigt, wieviel Beratungen im Parlament und in den Ausschüssen ihnen vorausgegangen sind, der bekam eine Vorstellung davon, wie außerordentlich schwierig derartige Regelungen erst in einem erweiterten Rahmen von Staaten sein müßten. Das wird man bei den jetzt wieder auflebenden Bemühungen um eine Annäherung der Länder der EWG und der EFTA im Auge behalten müssen, ohne zu übersehen, daß alles unterlassen werden muß, was die Kluft zwischen beiden Gruppen und die vielleicht unvermeidlichen Schwierigkeiten noch vergrößern könnte. *Artur Saturnus*

Elfte Jahrestagung der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947

Diese Tagungen, die am Anfang eines jeden Jahres in Frankfurt, dem Sitz der Gesellschaft, stattfinden, erweisen sich jedesmal als guter Auftakt für die Jahresarbeit; die Leitung der Wipog findet für diese Treffen immer ein einprägsames Leitwort: „Die nächsten Jahre“ hieß es in diesem Jahr, und das bedeutet in unseren Zeitläuften viel.

Frankfurts Überbürgermeister *Werner Bockelmann* gedachte in seiner Begrüßung des Begründers der Gesellschaft, Minister *Klepfer*, dessen Ruf nach einer „offenen Welt“ starken Widerhall fand; das Bemühen der Gesellschaft gelte einer Zusammenfassung von Kultur, Wirtschaft und Politik.

Die einführenden Worte des hessischen Ministers a. D. Dr. *Rudolf Mueller* bezeugten ein Zeitgefühl, das man als einen optimistischen Realismus bezeichnen kann. Die Zukunft scheint schneller und bewußter heranzuschreiten, doch man empfindet deutlich die Unsicherheit der Gegenwart. Der Druck der weltweiten Emanzipation der Völker löst eine beschleunigte Bewegung in den wirtschaftlichen und politischen Machtkämpfen aus. Im

Westen sollte aber der Verzicht auf Machtpolitik alten Stils nicht als Schwäche gewertet werden.

Wirtschaftliche Krisen sind heute weniger in einem engeren nationalen System begrenzt und lassen sich deshalb durch internationale Verständigung und Partnerschaft leichter auffangen. Solche Entwicklungen können aber nicht durch eine dünne Bildungsschicht getragen werden. Sie verlangen eine durch *alle* Schichten der Gesellschaft dringende Führung. Eine umfassende, von sozialen Vorurteilen befreite Bildungsschicht gewinnt deshalb unser größtes Interesse. Mit Spannung wurde der Vortrag von Prof. *Golo Mann* erwartet. Sein Thema „Deutsche Politik zwischen gestern und morgen“ offenbarte den unbestechlich richtenden Historiker, dessen Kunst der sprachlichen Formulierung ein Genuß war.

In einem großen Geschichtsaufriß, bei dem sich die letzten 15 Jahre geradezu explosiv ausnehmen, zeigte der Gelehrte die Irrungen und Wirrungen auf, die aus einem falschen Gesellschaftsbild erwachsen. Das Hohenzollernreich war ein besonders tragisches Beispiel, wie sehr sich Staat und Gesellschaft nicht entsprechen. Doch das ganze „europäische Gesellschaftsspiel“ war erstaunlich wirklichkeitsfremd, durch nationalistische und imperialistische Krämpfe durchschüttelt und konnte sich nicht zu vernünftigen politischen Kompromissen durchringen. Auch im Weimarer Staat, diesem Kaiserreich ohne Kaiser, hielt die Illusion weiter an. Die Raum- und Bodenpolitik Hitlers war nur eine neue Variante im alten schlechten Stil, ein besonders verhängnisvolles Ausweichen vor den wirklichen realen Aufgaben.

Nach der großen Katastrophe erfolgte die Ernüchterung in einer Form, die sich nur noch in einem reinen Sach- und Zweckdenken äußert. Die Sachen aber, sagte Golo Mann, haben eine Tendenz nach unten. Eine rein praktische Wissenschaft, die keine Bildungswerte vermittelt, bewahrt die Gesellschaft nicht im Gleichgewicht. Die Warnung vor einer nur technokratischen, auf Wohlstand bedachten entseelten Welt und eine Besinnung auf unverlierbare Werte war des Wissenschaftlers eindringlicher Anruf.

In erfreulich präziser Art sprach Prof. Dr. *M. A. Heilperin* (Genf) von einer „Neuordnung der Weltwirtschaft“. Die große Depression der dreißiger Jahre hat eine Blütezeit für den wirtschaftlichen Nationalismus gebracht und gleichzeitig den Kollektivismus gefördert — eine unheilige Allianz, die eine der Ursachen des zweiten Weltkrieges wurde. Unser Planet ist aber so konstruiert, daß er in weltweitem Maßstab wirtschaftlich am besten genutzt werden kann. Die politische Spaltung der Welt in atlantischen Westen, Sowjetblock und Entwicklungsländer macht es leider schwer, ökonomisch von „einer“ Welt zu reden.

Ein bedeutender Industrieller, der Vorsitzende des Vorstandes der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, Prof. Dr. C. Wurster, behandelte eingehend die „gesellschaftlichen Kräfte der Wirtschaft“. Die Bereitschaft, in der Wirtschaft gesellschaftsbildend mitzuwirken und Verantwortungen zu übernehmen, ermöglichte schon vor der Neugestaltung des Staates nach dem Zusammenbruch ein neues Anlaufen der Wirtschaft. Das demokratische und gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein der Sozialpartner wurde dabei überzeugend demonstriert.

Das Referat von Prof. Dr. Arnold Bergsträßer, „Der kulturelle Welthorizont“, sprengte fast den Rahmen selbst dieser anspruchsvollen Tagung. Die Besonderheit des 20. Jahrhunderts sieht der Freiburger Soziologe darin, daß sich zum erstenmal in ihm Menschheitsgeschichte vollzieht. Die Frage nach der richtigen Ordnung einer weltumspannenden Zukunftsgesellschaft ist damit gestellt. Zwei gegensätzliche Ordnungsbilder — das freiheitlich-rechtsstaatliche und das totalitäre — begegnen sich heute mit den neu in die Weltpolitik eintretenden Völkern. Dabei ist es entscheidend wichtig, die Politik der Entwicklungsländer so zu steuern, daß die Fähigkeit zu rechter Selbstbestimmung ausgebildet wird. Auch von unserer Bundesrepublik wird dabei erwartet, daß wir nicht nur rein wirtschaftliche Hilfe leisten, sondern wesentlich zum Aufbau der Erziehungssysteme beitragen.

Eine Forum-Diskussion, bei der es um die Fragen EWG und Freihandelszone ging, kam wegen Zeitbedrängnis leider zu kurz.

Adolf Leweke

„Pax Christi“

„Pax Christi“ hat, nach den Worten von Papst Pius XII., die Aufgabe, „die Einheit der Katholiken vorerst Europas und darüber hinaus der übrigen Kontinente zu verwirklichen, um gemeinsam für die Aufgaben des öffentlichen Lebens zu arbeiten“. Diese Organisation führte Ende letzten Jahres in Genf einen Kongreß durch, dessen Bedeutung schon äußerlich durch die Teilnahme höchster kirchlicher Würdenträger unterstrichen wurde. Leider ist es in unserem alten Europa üblich, tunlichst nicht zur Kenntnis zu nehmen, was Gruppierungen, denen man selbst nicht angehört, sagen und tun. Dieser Gruppen-Chauvinismus ist so schädlich wie der nationale. Besonders unter der jüngeren Generation scheint aber die Auffassung Boden zu gewinnen, daß keine Gruppe und keine Bewegung die Wahrheit für sich allein gepachtet hat, sondern daß sie sich — wenn auch in recht verschiedenartigen Gewandungen — überall durchzusetzen versucht, wo das Leben unter dem Wust von Formeln noch nicht erstickt ist.

Am „Pax-Christi“-Kongreß wurden Dinge gesagt, die nicht nur das Denken seiner unmittelbaren Anhänger bereichern. Kardinal Feltin, Erzbischof von Paris, bekannte sich in einer öffentlichen Rede zur Notwendigkeit der Entwicklungshilfe als einer diesseitigen Aufgabe der Kirche, der sie sich auf keinen Fall entziehen darf. Dominikanerpater Henri de Riedmatten, kirchlicher Berater der Zentralstelle internationaler katholischer Organisationen in Genf, zog in einer großangelegten Rede die „Bilanz einer internationalen Anstrengung“, womit die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Errichtung einer lebensfähigen Weltordnung gemeint sind.

„Die jüngsten Ereignisse haben zur Genüge bewiesen, daß das Schicksal des Friedens mit demjenigen der Vereinten Nationen verbunden ist.“ Riedmatten, der seit Jahren die Arbeit der Vereinten Nationen täglich verfolgt und an ihr aktiv teilnimmt, übt an der Haltung des Westens scharfe Kritik. Angesichts der kommunistischen Drohung gegen die UNO zeigt der Westen, wenn auch nicht in Worten, so doch in seinen Taten, eine Vorliebe für eine internationale Zusammenarbeit außerhalb der UNO, in einem beschränkteren Rahmen, über den er leichter seine Kontrolle aufrechterhalten kann. „Auf wirtschaftlichem Gebiet deuten die verschiedenen Formen der europäischen Integration oder die Nachfolgeorganisation der OEEC darauf hin, daß die Westmächte nur mäßige Sympathie für das universalistische System empfinden, welches das Wesen der Vereinten Nationen ausmacht.“

Wer unterstützt heute die UNO? Es sei keineswegs sicher, daß die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der UNO in Asien oder Lateinamerika je die wichtigste Rolle werde spielen können, nachdem in diesen Regionen bereits andere Formen der Zusammenarbeit entstanden sind. „Gebe der Himmel, daß der Westen seine Entscheidung, in Asien nicht voll auf die universalistische Karte gesetzt zu haben, nie zu bereuen haben wird!“ Und weiter: „Die Zukunft wird lehren, ob es richtig war, für Asien und Lateinamerika außerhalb der Vereinten Nationen gearbeitet zu haben; manche Anzeichen lassen Zweifel aufkommen...“

De Riedmatten ist überzeugt, daß die Sowjetführer die Möglichkeiten, welche die Vereinten Nationen bieten, schneller und klarer erfaßt haben als der Westen: „Vom Tage an, an dem die sowjetische Welt zu befürchten begann, die Vereinten Nationen könnten eine ernsthafte Alternative zur kommunistischen Lösung darstellen ..., wurde der Zusammenstoß unvermeidlich. Der Streit zwischen den Sowjets und Hammarskjöld geht weit über die Frage der Rechtmäßigkeit des Regimes Lumumba hinaus. Er ergibt sich aus der einfachen Feststellung, daß die Vereinten Nationen ernsthafte Chancen haben, erfolgreich

zu sein. Und was die kleinen Nationen, vor allem die afrikanischen, verkündeten, indem sie ihr Vertrauen in den Generalsekretär bestätigten, ist, daß sie an einem solchen Erfolg lebhaft interessiert sind . . .“ „In den Augen der guten Hälfte der Welt führt der Weg zum Frieden über diese Organisation.“

De Riedmatten analysiert sodann den Umfang der Mittel, welche die Staaten der UNO zur Erfüllung ihrer erdrückenden Aufgaben auf dem Gebiete des Beistandes an die jungen und technisch noch rückständigen Länder zur Verfügung stellen. Das Budget keiner der UN-Spezialorganisationen — abgesehen von der Weltbank — erreicht heute den Betrag von 100 Millionen Franken. „Man vergleiche diese Zahlen mit den nationalen Budgets oder auch nur gewisser Teile derselben, und das Mißverhältnis wird offenkundig ... Gar nicht zu reden von den Militärbudgets der Großmächte, die sich auf Milliarden Dollars belaufen.“

Natürlich weiß jedermann, daß sich die Hilfe des Westens nicht auf seine Beiträge an die Institutionen der UNO beschränkt. Der größte Teil seiner Mittel fließt durch bilaterale Kanäle oder wird durch regionale Organisationen verteilt, deren Tätigkeit nach politischen und militärischen Gesichtspunkten ausgerichtet ist. Niemand wird den USA vorwerfen, ihre Auslandshilfe sei gering, aber ihre politische Gebundenheit ist oft der Grund für die recht unbefriedigenden Ergebnisse. Im Budgetjahr 1956/57 betrug die amerikanische Auslandshilfe 1 436 Millionen Dollars, wovon 88 vH Asien zugesprochen wurden. Davon gingen zwei Drittel an Südkorea, Südvietnam und Formosa. Lateinamerika, das lange Zeit als politisch „sicher“ galt, erhielt beinahe nichts. Die kubanische Katastrophe ist das zwangsläufige Ergebnis einer solchen Politik. „Danken wir dem Himmel, daß diese Katastrophe, die sich wenigstens in nur einem einzigen Lande ereignete, noch als Lehre dienen kann!“

Demgegenüber vertrat Hammarskjöld, wie de Riedmatten bezeugt, seit Jahren unermüdet die Auffassung, der den Entwicklungsländern zu gewährende Beistand müsse in möglichst großem Ausmaß durch die Kanäle der Vereinten Nationen geleitet werden, um dieser Hilfe ihren einseitigen politischen Charakter zu nehmen und um den empfangenden Ländern Gelegenheit zu bieten, ihr Wort bei der Verteilung dieser Mittel mitzusprechen. Seine eindringlichen Appelle wurden „überhört“, wie auch seine Forderung, die immer breiter werdende Kluft zwischen den industrialisierten und den nicht-industrialisierten Ländern dadurch zu überwinden, daß sich die ausschlaggebenden Wirtschaftsmächte zu einem entscheidenden Schritt in Richtung einer koordinierten Weltwirtschaft entschließen, die den Schlüssel für die Lösung der schwierigen und scheinbar unlösbaren Probleme unserer heuti-

gen Welt darstellt. De Riedmatten selbst hatte Gelegenheit, im Wirtschafts- und Sozialrat zu erklären: „Nicht nur die Wirtschaft der unterentwickelten Länder muß ausgearbeitet und aufgebaut werden; auch die Wirtschaft der entwickelten Länder muß im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Lage und die Bedürfnisse der Entwicklungsländer neu überdacht werden. Anders ausgedrückt: Weigert man sich, die Lösung der Probleme in der Richtung auf eine Integration im Weltmaßstab zu suchen. ... gibt es keine wirkliche Möglichkeit, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen, in denen wir stecken, und den unterentwickelten Ländern zu jenem Aufschwung zu verhelfen, auf den sie einen Anspruch haben ... Das setzt voraus, daß die Wirtschaft nicht ständig nach strategischen Gesichtspunkten ausgerichtet wird und daß eine Koordination im Weltmaßstab erreicht wird.“ Der Dominikanerpater de Riedmatten, der als Sprecher der katholischen Kirche zwar keine materielle, dafür aber eine moralische Machtposition zu vertreten hat, stößt mit seinen Gedanken außerordentlich weit vor. Seine Erfahrungen lehren ihn, daß strukturelle Reformen fällig sind, die er ohne Scheu als Revolution bezeichnet. Allerdings denkt er nicht an eine Revolution mit Barrikaden, begnügt sich aber auch nicht mit einer Revolution des Geistes oder der Moral: Das weltwirtschaftliche Gefüge, wie es im Zeitalter der Vorherrschaft des weißen Mannes entstanden ist, muß durch eine Ordnung abgelöst werden, die der Gleichberechtigung der Völker auch in wirtschaftlicher Beziehung Rechnung trägt. Die Organe der Vereinten Nationen — die einzigen wirklich universalen Behörden — erscheinen ihm als die geeignetsten Körperschaften, um eine neue weltwirtschaftliche Ordnung aufzubauen, die den Gedanken der Partnerschaft Wirklichkeit werden läßt.

Nachdem sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien jahrelang gesträubt hatten, entschlossen sie sich nun endlich, in der *UNO-Kommission für Rohstoffe* mitzuarbeiten, die sich bemüht, Ordnung in die Produktion und in die Preisfestsetzung zu bringen. Erfolg oder Mißerfolg dieser Kommission haben außerordentlich weitreichende Folgen. Berechtigt diese Wendung zu neuen Hoffnungen? Noch bleibt de Riedmatten skeptisch: „Sind die Staaten, die heute noch den Schlüssel für die großen wirtschaftlichen Entscheidungen in den Händen halten, bereit, solche Schritte (in Richtung auf eine integrierte Weltwirtschaft) zu tun? Gestehen wir, daß ihre Haltung nicht optimistisch stimmt. Ihre Handlungen sind kurzsichtig, die Maßnahmen, die sie ergreifen, bescheiden.“

„Wenn morgen alle Katholiken.. überzeugt waren, daß die Aufgabe jeder Politik — und jener ihrer Länder zuerst — universal ist, könnte auf die westliche öffentliche Mei-

nung ein genügend starker Druck ausgeübt werden, um jene Revolution herbeizuführen, die allein uns schlimmere Revolutionen ersparen kann.

Das Christentum hat in der wirtschaftlichen und sozialen Geschichte der Menschheit mehr als einmal eine solche Revolution zustande gebracht . . .“

Ohne hier die Frage der revolutionären Tradition des Katholizismus, auf die sich der Dominikanerpater beruft, erörtern zu wollen, ist heute nur das von wirklicher Bedeutung,

was aus der gegenwärtigen Sackgasse hinausführen kann. Kein Zweifel, daß dabei die katholischen Kräfte eine bedeutende Rolle spielen können, wie natürlich alle anderen einsichtigen Kreise ebenfalls. Ausschlaggebend könnte aber werden, ob es dabei zum Handschlag zwischen den verschiedenen Gruppen und Strömungen kommt. Deshalb ist es notwendig, daß der eindringliche Aufruf de Riedmattens nicht nur von seinen Glaubensgenossen gehört und beherzigt wird.

Bruno Kuster, Genf